

# **Datenschutzhinweis für die Diskriminierungsbeschwerde**

Hier informieren wir Sie über die Erhebung, Verarbeitung und Speicherung personenbezogener Daten im Rahmen des von Ihnen eingeleiteten Diskriminierungsbeschwerdeverfahrens und Ihre bestehenden Datenschutzrechte.

Wenn Sie mit uns Kontakt aufnehmen, werden die von Ihnen mitgeteilten Daten von uns gespeichert, um Ihr Anliegen bearbeiten zu können. Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die sich auf einen identifizierten oder durch diese Informationen identifizierbaren Menschen beziehen.

## **Warum speichern wir ihre Daten?**

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten sind § 13 S. 2 Nr. 3 und § 14 Abs. 2 S. 3 LADG. Die für Antidiskriminierung verantwortliche Senatsverwaltung hat auf der Grundlage Landesantidiskriminierungsgesetzes (§ 14 LADG) ein Verfahren zur Entgegennahme und Bearbeitung von Diskriminierungsbeschwerden etabliert und für die Bearbeitung eine Ombudsstelle eingerichtet. Die von Ihnen im Rahmen des Diskriminierungsbeschwerdeverfahrens mitgeteilten personenbezogenen Daten werden zur Bearbeitung Ihrer Beschwerde verarbeitet.

## **Was passiert genau mit Ihren Daten?**

Nach Eingang einer Diskriminierungsbeschwerde wird eine Beschwerdeakte angelegt und geprüft, ob Anhaltspunkte für eine Diskriminierung im Anwendungsbereich des LADG erkennbar sind. Ist dies offensichtlich nicht der Fall, wird unser Diskriminierungsbeschwerdeverfahren beendet. Hierüber werden Sie informiert.

Wenn sie einwilligen, dass wir ein Verfahren nach § 14 Abs. 2 ff. LADG zwecks außergerichtlicher gütlicher Streitbeilegung durchführen, wird Ihre Beschwerde oder deren wesentliche Inhalte an die Beteiligten zur Stellungnahme übermittelt.

Zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts werden wir mit Ihrem Einverständnis alle und möglichen Ermittlungen durchführen und gegebenenfalls Zeug\*innen befragen. Die von Ihnen erhobene Beschwerde oder deren wesentliche Inhalte werden hierzu übermittelt, sofern dies für weitere Sachverhaltsaufklärung erforderlich ist.

Ergibt die Sachverhaltsaufklärung, dass keine Diskriminierung nach dem LADG vorliegt oder nicht glaubhaft gemacht werden konnte, wird das Verfahren beendet. Hierüber werden Sie, sowie die am Beschwerdeverfahren beteiligten öffentlichen Stellen informiert.

Eine automatisierte Entscheidungsfindung, Art. 15 Abs. 3 h) DSGVO, findet nicht statt.

### **Wie lange speichern wir Ihre Daten?**

Die personenbezogenen Angaben werden gelöscht, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben der LADG-Ombudsstelle nicht mehr benötigt werden beziehungsweise nach Maßgabe der geltenden Vorschriften für die Erforderlichkeit der Aktenführung.

Das bedeutet konkret: Wird das Diskriminierungsbeschwerdeverfahren beendet, weil offensichtlich keine Anhaltspunkte für das Vorliegen eines Sachverhalts vorliegen, der unter das LADG fällt, werden die von Ihnen mitgeteilten Daten für die Dauer von **zwei Jahren** aufbewahrt. In allen übrigen Fällen werden die Daten **zehn Jahre** aufbewahrt. Beginn der Löschfrist ist dabei das jeweilige Jahresende der Beendigung des Beratungs-/Schlichtungsmandats. Wurde ein LADG-Ombudsverfahren beispielsweise im Juli 2025 beendet, so läuft die Aufbewahrungsfrist bis zum 31.12.2035.

Unsere Aufbewahrungsfristen orientieren sich an den Verjährungsfristen für Schadensersatzansprüche § 199 Abs. 3 BGB. Sie stehen im Einklang mit den Empfehlungen der Rechtsanwaltskammer für die Aktenarchivierung in der anwaltlichen Beratung, den Berufsordnungen für approbierte Psychotherapeut\*innen „bei Beratung oder Behandlung“ sowie den Aufbewahrungsfristen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

Alle Berliner Behörden sind nach § 5 des Gesetzes über die Sicherung und Benutzung von Archivgut des Landes Berlin verpflichtet, sämtliche Unterlagen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht mehr benötigt werden, dem Landesarchiv Berlin anzubieten. Nach Ablauf der oben genannten Aufbewahrungsfrist wird der der Verwaltungsvorgang dem Landesarchiv angeboten. Das Landesarchiv Berlin entscheidet über die Aufnahme von Verwaltungsvorgängen in das Archiv. Entscheidet es nicht innerhalb von zwölf Monaten über die Übernahme angebotener Unterlagen, so sind wir nicht mehr zur weiteren Aufbewahrung verpflichtet und löschen Ihre Daten.

### **Welche Rechten haben Sie mit Blick auf Ihre Daten?**

**Recht auf Auskunft:** Sie können gemäß Art. 15 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) eine Bestätigung insbesondere darüber verlangen, ob und welche personenbezogene Daten, die Sie betreffen, von uns verarbeitet und an wen diese weitergegeben werden.

**Recht auf Berichtigung:** Sie haben gemäß Art. 16 DSGVO ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind.

**Recht auf Löschung:** Sie haben gemäß Art. 17 DSGVO das Recht, die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zu verlangen, wenn die Verarbeitung der von

Ihnen mitgeteilten Daten nicht mehr erforderlich oder unrechtmäßig ist, wenn Sie Ihre Einwilligung zur Datenverarbeitung widerrufen oder wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben. Eine Löschung kommt auch dann in Betracht, wenn eine anderweitige Rechtspflicht zur Löschung besteht. Das Recht auf Löschung kann ausgeschlossen sein, wenn die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer Rechtspflicht oder zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe erforderlich ist. Das Recht auf Löschung kann auch ausgeschlossen sein, wenn die Verarbeitung erforderlich ist aus Gründen des Vorliegens eines öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit oder zu Archivzwecken, Forschungszwecken oder statistischen Zwecken sowie zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Recht auf Löschung).

Widerruf der Einwilligung: Sie haben nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt (Einwilligungswiderruf).

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung: Sie können nach Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn die Verarbeitung der von Ihnen mitgeteilten Daten nicht mehr erforderlich oder unrechtmäßig ist, wenn Sie die Richtigkeit der verarbeiteten Daten bestreiten oder wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben oder wenn die Daten nicht mehr für die Antragsbearbeitung benötigt werden, Sie diese aber zur Verfolgung von Rechtsansprüchen benötigen.

Recht auf Widerspruch: Sie haben nach Art. 21 DSGVO das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten mit Wirkung für die Zukunft Widerspruch einzulegen. Nach Ausübung Ihres Widerspruchsrechts werden Ihre personenbezogenen Daten nicht weiterverarbeitet, es sei denn, dass zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vorliegen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder wenn die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

Recht auf Beschwerde: Sie haben das Recht, sich bei der Datenschutz-Aufsichtsbehörde, hier der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Friedrichstr. 219, 10969 Berlin, [mailbox@datenschutz-berlin.de](mailto:mailbox@datenschutz-berlin.de) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns zu beschweren.

## **Verantwortliche und Datenschutzbeauftragte**

Die Verantwortliche im Sinne der DSGVO ist die

Ombudsstelle bei der Abteilung Antidiskriminierung der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.

E-Mail: [ladg-ombudsstelle@senjustva.berlin.de](mailto:ladg-ombudsstelle@senjustva.berlin.de)

Anschrift: LADG-Ombudsstelle, Dienstsitz: Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz, Salzburger Str. 21 - 25, 10825 Berlin

Der behördliche Datenschutzbeauftragte bei der der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung ist

Herr Volke (Stellvertreterin Frau Steinmetz) E-Mail: [datenschutz@senias.berlin.de](mailto:datenschutz@senias.berlin.de)

Anschrift: Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.